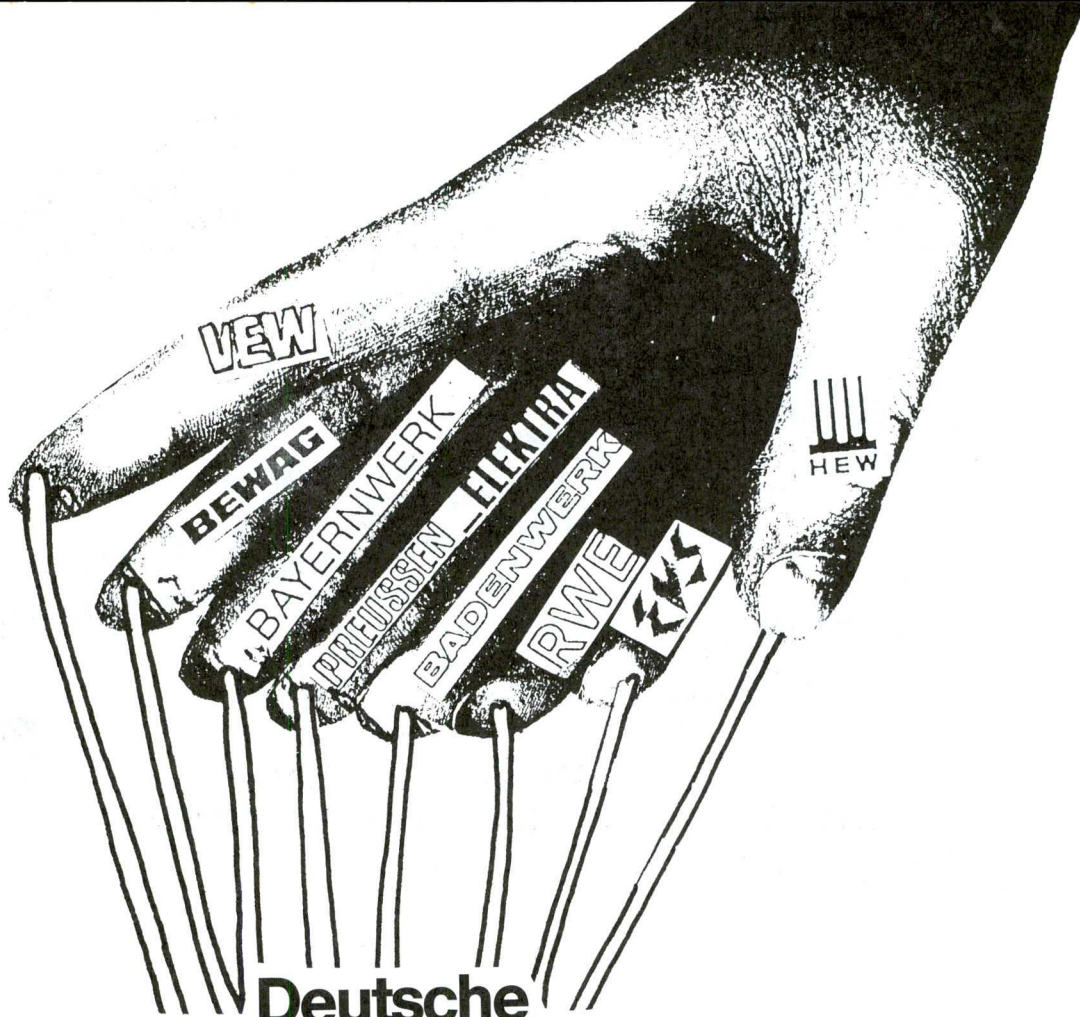
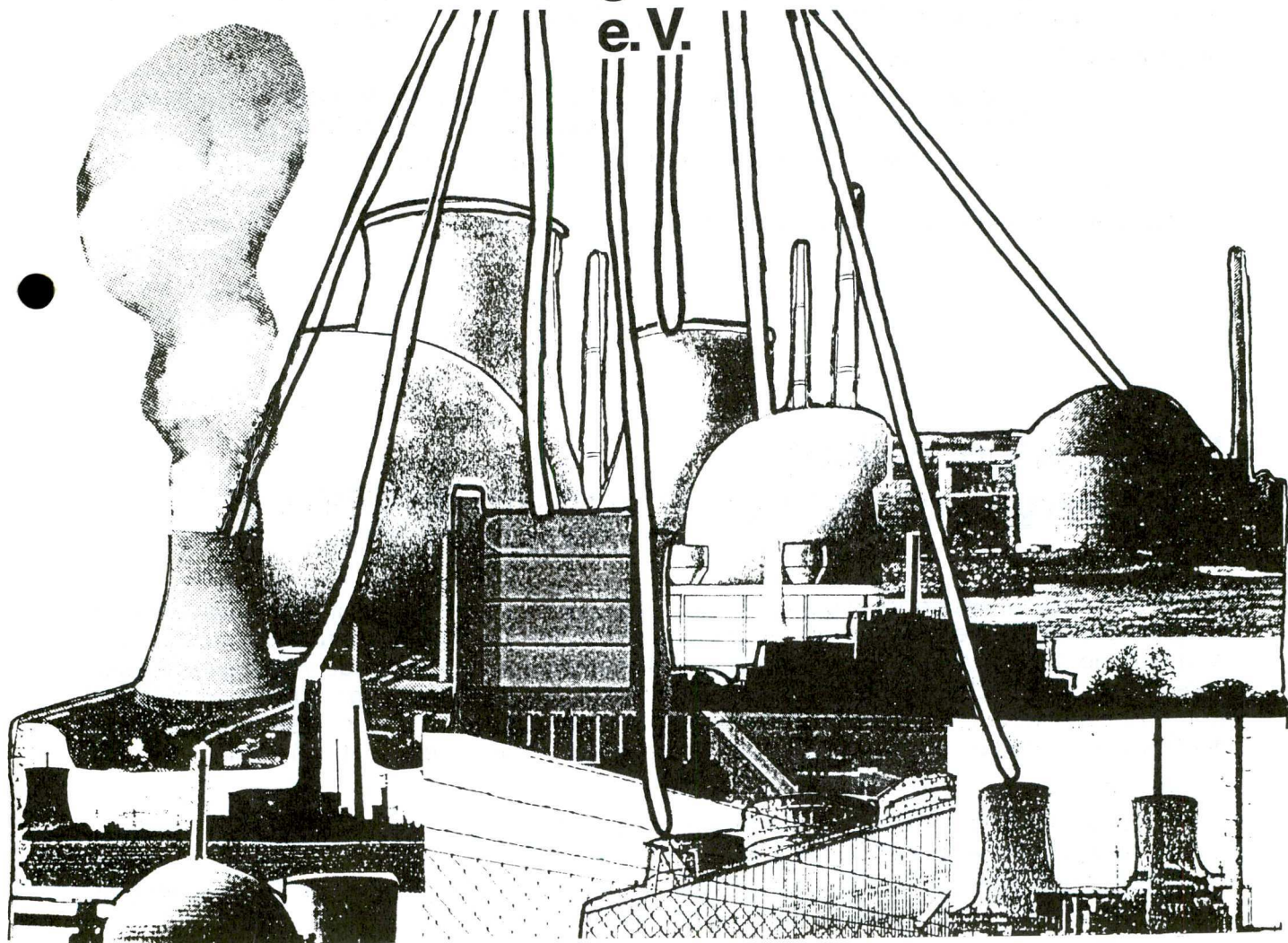


Alles in einer Hand oder die Strom- diktatur



Deutsche
Verbundgesellschaft
e. V.



**AKWs ab-
schalten!**

**Sofortiger Ausstieg
aus der Atomenergie!**

**Ausstieg bis
zum Jahr 2010**

**Wie gefährlich
sind Gesetze?**

**Schrittweiser
Ausstieg aus
der Atomenergie**

**Ausstieg – wie?
Technisch, wirtschaftlich,
politisch, juristisch möglich?**

**Ausstieg unmöglich –
wirtschaftliche Katastrophe**

**„Baldmöglicher Ausstieg,
wenn sich ein ausreichender
Konsenz herstellen läßt“**

**Wie gefährlich sind
Atomkraftwerke?**

Nach intensiver Beschäftigung mit der Frage: „Atomkraftwerke abschalten – ist das möglich?“, haben wir entdeckt, daß die Energiewirtschaft noch heute von einem Gesetz bestimmt wird, das aus politischen, menschlichen, juristischen und wirtschaftlichen Gründen geändert werden muß!

Und es tauchten immer neue Fragen auf:

- Warum hat die Deutsche Verbundgesellschaft e. V. die Fäden in der Hand, wenn es um die Fragen der Energieversorgung mit Strom, insbesondere mit Atomstrom, geht?
- Welche Gesetze regeln ihre Monopolstellung und warum sind sie bis heute nicht geändert worden?

Wir haben uns bemüht, schlüssige Antworten darauf zu geben.

Die Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen (EVUs)

Die EVUs haben ein **Monopol** in der Bundesrepublik auf die Versorgung mit Strom. So ist es z. B. möglich, daß sie die Verbraucher zur Stromabnahme indirekt zwingen, ihnen die Preise diktieren, während sie die Entwicklung von alternativen Möglichkeiten der Energiegewinnung abblocken. Dies wird durch Gesetze ermöglicht, die Adolf Hitler zur „Wehrhaftmachung der Energiewirtschaft“ während der Nazierrschaft erließ. Diese Gesetze wurden bei der Gründung der Bundesrepublik **nahtlos** übernommen und bis heute in den **entscheidenden** Punkten nicht geändert.

Es sind dies

- a) das „Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft“ vom 13. Dezember 1935 und vor allem
- b) der „Führerbefehl“ (ein Energie**ermächtigungsgesetz**) vom 29. Juli 1941, mit dem Hitler mitten im Krieg den „**Generalinspektor für Wasser und Energie**“ schuf und ermächtigte.

Wenn wir die heutigen Verflechtungen von Staatsgewalt und Wirtschaftsmonopol in der Energiewirtschaft verstehen wollen, müssen wir darauf zurückgehen, daß die gesetzlichen Grundlagen hierfür aus der Zeit des Naziregimes stammen. Es wurden **für und zu Kriegszeiten** juristische Personen und Institutionen geschaffen, die den Zweck hatten, wirtschaftliche Macht in den Dienst des totalitären Regimes zu stellen, um von da an eine **Handlungseinheit** zu bilden.

Nach dem Krieg ging es den 9 (z. Z. 8) großen EVUs darum, sich die bestehende faschistische Gesetzeskonstruktion zu Nutze zu machen. Deshalb gründeten sie gemeinsam am 15. Nov. 1948 die Deutsche Verbundgesellschaft e. V. (DVG). Diese DVG übt **bis zum heutigen Tage** die Funktion und Oberaufsicht anstelle des von Hitler eingesetzten Generalinspektors für Wasser und Energie aus! Noch immer untersteht die Aufsicht über die Energiewirtschaft juristisch dem Deutschen Reich! Am Beispiel Buschhaus wird u. a. klar, daß Beschlüsse der DVG **einstimmig**, ohne Veto oder Gegenstimme, gefaßt werden müssen:

1. Der Bundestag hatte den Beschluß gefaßt, daß das Kohlekraftwerk in Niedersachsen mit einer Rauchgasentschwefelungsanlage in Betrieb gehen sollte.
2. Acht der neun Mitglieder der DVG waren aufgrund umweltpolitischer Erwägungen der gleichen Ansicht. Die Preußische Elektrizitäts-AG. (Preag), Miterbauer und Miteigner der Anlage, stellte sich dem aus finanziellen Gründen entgegen. Nach langen internen Auseinandersetzungen mußte ein einstimmiger Entschluß gefaßt werden. Er hieß: In Buschhaus wird keine Entschwefelungsanlage eingesetzt!
3. Der Bundestag wurde aus dem Urlaub zurückgerufen und machte am 31. Juli 1984 seinen mit nur einer Stimmenthaltung gefaßten Beschluß mit den Stimmen der Regierungsmehrheit rückgängig.
4. Das Kohlekraftwerk Buschhaus ging noch im Sommer 1984 ohne Rauchgasentschwefelungsanlage ans Netz.

So mußte verfahren werden, weil

- a) die Preag nicht bereit war, ihre Position aufzugeben,
- b) die DVG in Nachfolge des Generalinspektors für Wasser und Energie nur einstimmig entscheiden kann,
- c) der Bundestag mit seiner ersten Entscheidung einen juristischen Konflikt offengelegt hätte. (Unser Gesetzgeber — der Bundestag — hat im z. Z. gültigen Energiewirtschaftsgesetz keine Entscheidungsbefugnisse!)

Die Monopolstellung, die wirtschaftliche und politische Machtposition der DVG, ist **nur** durch ein **konsequent** geändertes, **demokratisches** Energiewirtschaftsgesetz zu brechen: Ein Gesetz, das vorrangig zum Ziel hat, eine politisch kontrollierbare Dezentralisierung der Energiewirtschaft zu erreichen und Strom (Energie) zu sparen.

Das bedeutet, daß der „Generalinspektor für Wasser und Energie“ im Gesetzestext des Energiewirtschaftsgesetzes gestrichen und durch „Bundesminister für Wirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesrat“ ersetzt werden muß.

Unter Dezentralisierung verstehen wir, daß jede Kommune selbst über die Art und Weise ihrer Energieversorgung entscheidet. Damit hätte jeder Bürger die Chance zu beurteilen, ob sinnvoll gewirtschaftet wird und was ihn das kostet.

Die EVUs und die Politiker wissen, daß sie ihr bisheriges Verhalten ändern müßten, falls aufgeklärte Bürger anfangen, sie öffentlich an ihre demokratische Verantwortung zu erinnern.

Sind sinnvolle Änderungen in der Energiewirtschaft möglich?

Sie sind in der gegenwärtigen Situation aufgrund der bestehenden Gesetze nicht möglich: Das Blockheizkraftwerk in der Siedlung, die Energiebox oder die Wärmepumpe im Keller, das Windkraftwerk im Garten, Sonnenenergie und Biogas würden das Energieproblem lösen helfen. Nicht ausgenutzter Strom würde in das allgemeine Netz geleitet. Die bei der Energieerzeugung anfallende Abwärme würde nicht, wie bei den großen Kraftwerken, in die Flüsse geleitet und somit die Umwelt belastet, sondern zur Heizung verwendet.

Leider werden diese Möglichkeiten der Energieversorgung von den großen EVUs boykottiert: Genehmigungsverfahren für die Aufstellung von geeigneten Anlagen werden erschwert, der ins allgemeine Netz fließende Strom wird nicht oder nur sehr gering vergütet und der evtl. zusätzlich benötigte Strom wird verweigert oder verteuert. Der Industrie wird der Strom zu niedrigen Preisen verkauft, d. h. um ein paar Prozent billiger als es selbst erzeugter Strom wäre, so daß es den meisten Firmen wenig lohnenswert erscheint, ihre eigene Energie auszunutzen. Die privaten Haushalte werden

gezwungen, ihren Strom von den Stadtwerken und damit von den EVUs zu beziehen und teuer zu bezahlen, oder aber über einen hohen Stromverbrauch einen günstigen Tarif zu erreichen.
Es geht also nicht um das Stromsparen! Stromverschenden wird belohnt!

Konzessionsabgaben

Die EVUs konnten bisher über verlockende Angebote an die Gemeinden und über anschließende Strompreisdiktate kleinere Kraftwerksbetreiber zur Aufgabe zwingen. Indem sie den Städten und Gemeinden sogenannte Konzessionsabgaben zahlten und zahlen,

- überlassen diese den EVUs ihre Wege, Straßen und Grundstücke zum Ausbau ihrer Netze,
- verzichten außerdem auf eigene Aktivitäten im Energiebereich und
- kommen den EVUs mit der Ablehnung von Baugesuchen für dezentrale Energieanlagen zuhulfe.

Diese Konzessionsabgaben sind willkommene Einnahmen für die Gemeinden geworden, die sie nach Belieben verwenden können. Die so entstandene Abhängigkeit macht es sehr schwierig, die Gemeinden zu einer Kündigung ihrer oft langfristigen Verträge mit den EVUs zu bewegen.

Konzessionsabgaben werden gezahlt aufgrund des Konzessionsabgabenerlasses (KAE) vom 4. März 1941. § 3 Abs. 2 dieses Gesetzes besagt, daß "Konzessionsabgaben erhoben werden können bis zum Schluß des auf die Beendigung des Krieges folgenden Rechnungs- (Geschäfts-)jahres"!!

Der Gesetzgeber hat für viele Bereiche des öffentlichen Lebens das Kriegsende erklärt, für die Energiewirtschaft jedoch nicht!!

Die EVUs haben inzwischen Stadtväter, Abgeordnete und Minister in ihre Aufsichtsräte gewählt, um auf diese Weise Monopol und Macht zu sichern.

Was können Sie – was können wir in der derzeitigen Situation tun?

- keine Partei wählen, die nicht bereit ist, das Energiewirtschaftsgesetz auf den Boden des Grundgesetzes zu stellen
- bei Bürgerversammlungen, Parteiveranstaltungen und in Briefen von den Politikern **klare Stellungnahmen** fordern
- sich öffentlich in Diskussionen, Leserbriefen und dergleichen für ein verändertes Energiewirtschaftssystem aussprechen
- in Bürgerinitiativen mitarbeiten
- in Gesprächen diese Informationen weitergeben
- falls das Landesverfassungsgericht Münster der Klage gegen die Ablehnung des Volksbegehrens stattgibt, durch Ihr Votum zur Abschaffung der Atomenergie bei der Volksabstimmung klarmachen, daß Sie die gegenwärtige Art der Energiewirtschaft nicht akzeptieren
- sich in Protestbriefen gegen eine Verlängerung der auslaufenden Verträge zwischen der jeweiligen Gemeinde und deren EVU wenden (in Gütersloh läuft z. B. der Vertrag zwischen der Stadt und den VEW am 31. 12. 1987 aus. Neue Verträge sollen in aller nächster Zukunft abgeschlossen werden).

Ausführliche Informationen zu der in diesem Flugblatt angesprochenen Problematik können Sie beim Aktionskomitee erhalten. Tel. 052 41/38648.

Spenden zur Unterstützung der Arbeit des Aktionskomitees überweisen Sie bitte auf das Konto: „AK gegen Atomanlagen“ c/o Monika Gaffga, Sparkasse Gütersloh Nr. 19 523 465, BLZ 478 500 65.

Die Bürgerinitiative für Gütersloh: „**Aktionskomitee gegen Atomanlagen**“
Wir treffen uns jeden 1. und 3. Dienstag im Monat, um 20.00 Uhr
in der Alten Weberei, Gütersloh, Bogenstraße 1